

SVZ

05/12/22

Staatsdiener wollen auch in MV

10,5 Prozent mehr Gehalt

Maßlos oder gerechtfertigt? Nach Landräten fordern auch Mitarbeiter mehr Geld

Uwe Reißenweber

SCHWERIN Was ist in Krisenzeiten denn davon zu halten: Die Gewerkschaften ziehen mit einer Forderung von 10,5 Prozent mehr Einkommen in die Tarifverhandlungen für rund 2,5 Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen. Mindestens solle es 500 Euro mehr im Monat geben. Während alle anderen den Gürtel enger schnallen müssen, hält der öffentliche Dienst also schamlos die Hand auf?

So einfach ist es nicht, sagt Dietmar Knecht, Landeschef des Deutschen Beamtenbundes (dbb). „Unsere Forderung ist keinesfalls übertrieben, denn die aktuelle dramatische Inflation trifft

auch Menschen, die im öffentlichen Dienst zumeist in unteren und mittleren Einkommensgruppen arbeiten.“ Dazu zählten etwa Sozialarbeiter, Erzieher, Straßenwärter, Polizisten in der Wachtmeisterlaufbahn, Strafvollzugsbedienstete, Gerichtsvollzieher, Verwaltungsmitarbeiter aber auch Soldaten der Mannschaftslaufbahnen.

Tarifrunde betrifft 95 000 Menschen in MV

Von der Tarifrunde 2023 seien in MV knapp 95 000 Menschen betroffen – in den unteren Besoldungs- und Entgeltgruppen arbeiten davon knapp die Hälfte. „Hier gilt schlicht, den Reallohn-

verlust durch die dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten aufzuholen. Wir gehen daher sehr selbstbewusst in die kommenden Einkommensrunden, denn weder Bund, Länder und Kommunen können es sich erlauben, seine Bediensteten – egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt – nur minimal besser zu behandeln als Bezieher der Grundversicherung ab dem 1. Januar 2023“, so Knecht.

Für die Landesbediensteten gilt ein möglicher Abschluss allerdings noch nicht. Allerdings wird er in der Folge meist übernommen. MV-Finanzminister Heiko Geue (SPD) will sich deshalb zu den Verhandlungen für bundes- und kom-

munale Mitarbeiter erst mal nicht so deutlich äußern. Doch wer zwischen den Zeilen lesen kann, sieht seine Skepsis:

Hoffen auf faires Ergebnis

„Ich hoffe, dass es in den anstehenden Tarifverhandlungen gelingt, ein faires Ergebnis zu erzielen, das sowohl den inflationsbedingten Reallohnverlust eingrenzt, als auch die in der Krise angespannten Haushaltslagen der öffentlichen Hand berücksichtigt.“ Allein für die Landesbediensteten muss der Steuerzahler dieses Jahr rund 2,5 Milliarden Euro aufbringen, das ist ein Anteil von satten 25,1 Prozent am gesamten Landeshaushalt.